

**BMVIT - III/PT2 (Recht)**

Postanschrift : Postfach 205, 1000 Wien
Büroanschrift : Ghegastraße 1, 1030 Wien
E-Mail : opfb@bmvit.gv.at
DVR : 0000175



Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie

GZ.: BMVIT-630.333/0002-III/PT2/2010

Wien, am 6.Juli 2010

An

- Präsidentschaftskanzlei
- Präsidium des Nationalrates
- Rechnungshof
- Volksanwaltschaft
- Finanzprokuratur
- Verfassungsgerichtshof
- Verwaltungsgerichtshof
- Bundeskanzleramt / VD
- Bundesministerium für Finanzen
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
- Bundesministerium für Gesundheit
- Bundesministerium für Inneres
- Bundesministerium für Justiz
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
- Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
- Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Öffentlichen Dienst
- Büro von Herrn Vizekanzler Dipl.-Ing. Josef Pröll
- Büro von Herrn Staatssekretär Dr. Josef Ostermayer
- Büro von Frau Staatssekretärin Christine Marek
- Büro von Herrn Staatssekretär Dr. Reinhold Lopatka
- Büro von Herrn Staatssekretär Mag. Andreas Schieder
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Sektion II
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Sektion III
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Sektion IV
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Sektion V
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Abt. Präs. 5
- Bundes-Gleichbehandlungskommission
- Anwaltschaft für Gleichbehandlung
- Asylgerichtshof
- Bundes-Jugendvertretung
- Familienpolitischer Beirat

- ÖBB
- Österreichischer Rat für Forschung und Technologieentwicklung
- Österreichische Post AG
- RTR-GmbH
- Telekom-Control-Kommission
- KommAustria
- Telekom Austria AG
- Amt der Burgenländischen Landesregierung
- Amt der Kärntner Landesregierung
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
- Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
- Amt der Salzburger Landesregierung
- Amt der Steiermärkischen Landesregierung
- Amt der Tiroler Landesregierung
- Amt der Vorarlberger Landesregierung
- Amt der Wiener Landesregierung
- Verbindungsstelle der Bundesländer
- Österreichischer Städtebund
- Österreichischer Gemeindebund
- Österreichischer Seniorenbund
- Wirtschaftskammer Österreich
- Fachverband der Telekommunikations- und Rundfunkunternehmen
- Bundesarbeitskammer
- Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
- Österreichischer Landarbeiterkammertag
- Österreichischer Rechtsanwaltskammertag
- Österreichische Notariatskammer
- Österreichische Patentanwaltskammer
- Österreichische Ärztekammer
- Bundeskammer der Tierärzte Österreichs
- Österreichische Apothekenkammer
- Verband angestellter Apotheker
- Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
- Kammer der Wirtschaftstreuhand
- Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe
- Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Vereinigung österreichischer Industrieller
- Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie
- Verband alternativer Telekommunikationsbetreiber
- Verband der Elektrizitätswerke Österreichs
- Forum Mobilkommunikation
- ISPA

- Bundeswettbewerbsbehörde
- Bundeskartellanwalt
- Vorsitzender der Wettbewerbskommission Dr. Klaus Wejwoda
- Datenschutzrat
- Datenschutzkommission
- Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
- Österreichische Juristenkommission
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
- Österreichische Bischofskonferenz
- Evangelischer Oberkirchenrat
- Gewerkschaft Öffentlicher Dienstag
- Vereinigung der Österreichischen Richter
- Verein der Österreichischen Verwaltungsrichter
- Österreichische Universitätenkonferenz
- Österreichische Hochschülerschaft
- Verband Österreichischer Zeitungen
- Österreichischer Familienbund
- Hauptverband der Gerichtssachverständigen Österreichs

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Telekommunikationsgesetz 2003 geändert werden soll. Dieser Entwurf versteht sich als telekom-rechtlicher Teil der Lösung des Problems der Werbeanrufe ohne vorherige Einwilligung des Teilnehmers (cold calling) und dient der Unterstützung der Umsetzung der Vorgaben im Regierungsprogramm betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Konsumenteninteressen, bei Verträgen, die im Rahmen von unerbetenen Werbeanrufen geschlossen werden. Verträge, welche unter solchen Umständen zustande kommen, sollen gemäß den Vorgaben des Regierungsprogramms nichtig oder bis zur schriftlichen Bestätigung durch den Kunden schwebend unwirksam sein und vom Regelungsinhalt des Konsumentenschutzgesetzes umfasst sein.

Der Entwurf samt Erläuterungen ist auch auf der Website des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie

www.bmvit.gv.at

unter dem weiterführenden Link

„Infrastruktur/Verkehr/Telekommunikation“ abrufbar.

Es wird ersucht, allfällige Stellungnahmen dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Sektion III, zu obiger Geschäftszahl bis spätestens

27. August 2010

auf dem Postweg oder als E-Mail an

JD@bmvit.gv.at

zu übermitteln.

Sollte bis zum oben angegebenen Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangen, so wird seitens des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie davon ausgegangen, dass gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben werden. Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar — bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hierzu — im Wege elektronischer Post an die Adresse: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Für die Bundesministerin:

Dr. Alfred Stratil

Ihr(e) Sachbearbeiter(in):

Dr. Eva-Maria Weissenburger

Tel.: +43 (1) 71162 65 4112

Fax: +43 (1) 71162 65 4109

e-mail: evamaria.weissenburger@bmvit.gv.at

elektronisch gefertigt